

Uhrenarten 13 bis 33 % ausmachen. Die Gründe für diesen unerwarteten Sturz sind eher in inneren als in äußeren Gründen zu suchen, und es ist viel mehr der eigene Wettbewerb unter den Schweizer Fabrikanten, der ihn hervorgerufen hat, als der ausländische Wettbewerb. Sie liegen hauptsächlich in der Überproduktion, in der anormalen Ausbreitung der Fabrikation und dem Termingeschäft, durch das außerordentlich große Kredite einer Kundschaft gewährt werden, die keinerlei finanzielle Sicherheit bietet, und schließlich in dem Fehlen von Solidarität im Verkehre zwischen den verschiedenen Zweigen der Uhrenindustrie. Die Überproduktion ist ohne Zweifel einer der hauptsächlichsten Gründe für die jetzige Lage. Während des Krieges hat man zahlreiche Fabriken ins Leben gerufen oder die schon bestehenden unterschiedslos weiter ausgebaut; die unvermeidliche Folge davon war, daß die Erzeugung bald die Bedürfnisse des Verbrauches überstieg. Die Wirkungen des wirtschaftlichen Gesetzes von Angebot und Nachfrage haben sich dann unerbittlich in der Verminderung der Preise ausgeprägt.

Die Zeitschrift „L'Horloger“ knüpft an diese Ausführungen einige interessante Betrachtungen. Sie meint, der Grundsatz, der von manchen Seiten vertreten werde, es könne in einer Industrie überhaupt nicht zu viel produziert werden, sei im gegenwärtigen Stande höchster Leistungsfähigkeit der Industrie ganz unsinnig. Wenn man annehme, daß es auf der ganzen Erde 1600 Millionen Menschen gebe, von denen etwa der vierte Teil als Träger einer Taschenuhr in Frage komme, so seien das 400 Millionen Uhren. Die Schweiz würde mit ihrer Gesamtproduktion vom Jahre 1919 den gesamten Bedarf der Welt an Taschenuhren in fünfundsiebzig Jahren decken können. Wenn man zu der Schweizer Uhrenaufuhr noch die Produktion der Vereinigten Staaten, Frankreichs, Englands, Deutschlands usw. hinzurechne, so würde sich dieser Zeitraum auf höchstens zwölf Jahre verringern. Angesichts dieser Sachlage könne man sagen, daß die Welt mit Taschenuhren gesättigt ist. Diese Sättigung rufe, in Verbindung mit der Höhe der Wechselkurse, mit Notwendigkeit eine Abschwächung der Preise hervor. Auch dürfe man sich nicht wundern, diese Preise vom Jahre 1920 bis 1922 in folgender Weise fallen gesehen zu haben: Für goldene Taschenuhren von 103 Fr. auf 73,65 Fr.; für silberne Taschenuhren von 23,51 Fr. auf 16,24 Fr. für Metalluhren von 9,45 Fr. auf 7,51 Fr. Die Periode der schönen Gewinne sei jetzt vorbei. Sie sei um so mehr vorbei, als sich Deutschland auf allen Märkten drohend bemerkbar mache!

Zur Annahme ausländischer Zahlungsmittel im Inlandsverkehr. Nach der Verordnung des Reichswirtschaftsministers über die Annahme ausländischer Zahlungsmittel im Inlandsverkehr vom 23. November 1923 ist die Annahme von ausländischen Zahlungsmitteln bei Geschäften über die Lieferung von Waren und über die Bewirkung von gewerblichen Leistungen bis zum 31. Dezember 1923 erlaubt worden. Verboten ist es, Zahlung in ausländischer Währung zu fordern. Ein Erwerb ausländischer Zahlungsmittel zur Bezahlung solcher Waren oder Leistungen ist unzulässig.

Die Finanzlage des Deutschen Reiches ist nach dem Ausweis über die Finanzgebarung des Reiches und die Übersicht über die Reichseinnahmen im Oktober eine geradezu trostlose. Seit Jahren schon ist das so, freilich nicht im gleichen Ausmaße wie jetzt. Was jetzt aber besonders bedenklich stimmen muß, ist die Frage, ob es der Reichsregierung gelingen wird, den Haushalt des Reiches in Einnahmen und Ausgaben ins Gleichgewicht zu bringen, ehe der dem Reiche von der Rentenbank zur Verfügung gestellte „wertbeständige“ Kredit von 1200 Millionen Rentenmark verpulvert sein wird. Die Balancierung des Etats ist eine der wichtigsten Voraussetzungen für die Stabilität der Rentenmark. Gelingt die Balancierung nicht, muß also das Defizit, falls zur Deckung noch mögliche Anleihen mißlingen, durch erneutes Weiterarbeiten der Notenpresse gedeckt werden, dann geht der sattsam bekannte Inflationstanz von neuem los. Ob die Rentenmark aufgebläht wird, oder ob die ja noch nicht verstorbene Papiermark die seit Jahren vertraute Rolle weiterspielen wird, ist letzten Endes für die breiten Schichten des deutschen Volkes gleichgültig. Ist es die Papiermark, dann wird die Rentenmark wie die übrigen wertbeständigen Zahlungsmittel gehamstert, wie das ja jetzt auch schon in bedenklichem Maße geschieht. Ob sich allerdings die Wertbeständigkeit bei weiterer Verschlechterung der deutschen Gesamtlage wird erhalten können, ist eine Frage, die noch von niemand beantwortet werden kann, deren Verneinung durch die Praxis aber nicht außerhalb des Bereiches der Möglichkeit liegt. Von entscheidender Bedeutung ist neben der Balancierung des Reichshaushalts die Aktivierung der Wirtschaft, bezw. die Herstellung einer aktiven deutschen Zahlungsbilanz.

In der ersten Novemberdekade wurde die schwebende Schuld des Reiches um 56,25 Trillionen \mathcal{M} (1 Trillion = 1 Million Billionen, in Zahlen: 1 000 000 000 000 000 000) vermehrt, die fundierte Schuld um 1,57 Trillionen \mathcal{M} . Am 10. November betrug die gesamte schwebende Schuld 63,18 Trillionen \mathcal{M} . Trotz der unge-

heuerlichen Höhe dieser Summe beträgt sie nach dem Dollarstande vom 10. November nur 421,2 Millionen Goldmark, nach dem Dollarstande vom 24. November 63,18 Millionen Goldmark. Die Einnahmen deckten in der ersten Novemberdekade nicht einmal den tausendsten Teil der Ausgaben! Bis zum 14. November, also dem Tage, an dem die Produktion von Papiermark eingestellt worden ist, war die gesamte schwebende Schuld auf 191 Trillionen \mathcal{M} aufgelaufen, die bei einem Dollarstande von 4,2 Billionen \mathcal{M} einem Betrage von 191 Millionen Goldmark entsprechen.

Ein nicht minder trostloses Bild gewährt uns die Übersicht über die Reichseinnahmen im Oktober. An erster Stelle unter allen Steuern steht die, von vornherein auf Goldmark gestellte, Landabgabe mit 21 022 Bill. \mathcal{M} ; dann folgen die Einkommensteuer mit 20 140 Bill. \mathcal{M} ; die Arbeitgeberabgabe mit 12 889 Bill. \mathcal{M} ; die Rhein-Ruhr-Abgabe mit 6474 Mill. \mathcal{M} ; die Wechselstempelsteuer mit 3075 Bill. \mathcal{M} und die Umsatz- und Luxussteuer mit 2191 Bill. \mathcal{M} . Bezeichnend ist der sehr hohe Anteil der Lohnabzüge an dem Gesamtaufkommen aus der Einkommensteuer (16 924 Bill. \mathcal{M} gegen 3215 Bill. \mathcal{M}). Daß da irgend etwas faul ist im Staate Dänemark, leuchtet ohne weiteres ein, zumal das Verhältnis vom April bis Oktober das gleiche ist. Sollte das Einkommen der Gehalts- und Lohnempfänger wirklich sechsmal größer sein als das der übrigen Steuerpflichtigen? Wir möchten das sehr bezweifeln. Sehr merkwürdig ist auch das Verhältnis, das zwischen der allgemeinen Umsatz- und der Luxussteuer besteht. Aus ersterer kamen 2088 Bill. \mathcal{M} auf, aus der letzteren dagegen nur 103 Bill. \mathcal{M} . Der Anteil der Luxussteuer am Gesamtaufkommen aus dem Umsatzsteuergesetze betrug also, wie seit Jahren schon, nur 4,7 %. Sicher werden durch den auf gekommenen Betrag nicht einmal die Erhebungskosten gedeckt, ganz zu schweigen von den Kosten der Buchführungsvorschriften u. ä. m. Die ganze Luxussteuer läuft im Ergebnis auf unproduktive, Leerlaufarbeit hinaus, ebenso wie viele andere Steuern, die immer noch „abgewickelt“ werden (z. B. außerordentliche Kriegsabgabe von 1918 und 1919) und Riesenbeträge von 1 bis 8 Millionen \mathcal{M} ergeben. Eine radikale Ausräumung mit unproduktiven Steuern ist jedenfalls dringend erforderlich.

Der Ersatzbetrag für Postpakete ohne Wertangabe ist auf 280 Milliarden Mark für je 300 g der ganzen Sendung und für eine eingeschriebene Sendung auf zwei Billionen Mark erhöht worden. Die neuen Sätze gelten für die vom 20. November ab aufgelieferten Sendungen.

Gebrüder Junghans A.-G., Schramberg. In der am 23. November abgehaltenen Aufsichtsratsitzung wurde die Bilanz für das Geschäftsjahr 1922/23 vorgelegt. Der Gewinn beläuft sich einschließlich Vortrag auf 10 830 376 330 \mathcal{M} (i. V. 36 963 841 \mathcal{M}). Der auf den 8. Januar einzuberufenden Generalversammlung wird vorgeschlagen, nach Ausschüttung der festen 6 % Dividende auf die Vorzugsaktien einen Betrag von 2 304 000 000 \mathcal{M} gleich 3600 % (i. V. 30 %) zur Verfügung der Aktionäre zu stellen, dessen Auszahlung in Papiermark allerdings schon infolge der Kosten sinnlos wäre; die Gesellschaft hat jedoch obigen Gewinn für Rechnung der Aktionäre im neuen Jahr wertbeständig angelegt, so daß die Ausschüttung einer Dividende von etwa 1 Goldmark auf jede Stammaktie erfolgen könnte. Bestimmte Anträge hierüber wird der Aufsichtsrat in der Generalversammlung stellen. Die der Gesellschaft nahestehende Messingwerk Schwarzwald A.-G., Villingen, wird die Ausschüttung einer Dividende in gleicher Höhe und gleicher Form zum Vorschlag bringen.

„Unida“-Gehäuse. Wie uns die Firma Georg Jacob G. m. b. H. in Leipzig mitteilt, werden diese neuen Gehäuse-Garnituren auch von ihr in allen Ausführungen vorrätig gehalten.

Neue Goldmark-Preislisten. Die Firma Leon Fenichl in Berlin W 35 hat eine kurze, mit Abbildungen versehene Goldmark-Preisliste für die hauptsächlichsten Arten Uhren und Furnituren herausgebracht, die gegen Einsendung des Portos jedem Uhrmacher zugesandt wird. — Die Firma Felix Graichen in Leipzig hat neue Goldmark-Preise für ihre Alfenide-Myrtenkränze und Silberkränze 0,800 festgesetzt.

Zusammenarbeit der Bing-Werke A.-G., Nürnberg, und der Hirsch-Kupfer- und Messing-Werke A.-G., Berlin. In der Absicht, auf gemeinsamen Gebieten zusammenzuarbeiten, vereinigen die beiden Gesellschaften mit Wirkung vom laufenden Geschäftsjahr ab ihre Fabrikation von Tafelgeräten, Luxuswaren und Bestecken. Zu diesem Zweck überlassen die Hirsch-Kupfer- und Messing-Werke den Bing-Werken die Hälfte ihres Besitzes an Baer- & Stein-Aktien. Dagegen erwirbt die Firma Baer & Stein von den Bing-Werken gegen eine angemessene Entschädigung die in deren Besitz befindlichen Aktien der Metallwarenfabrik vorm. Max Dannhorn Akt.-Ges. in Nürnberg sowie die Fabrikationsabteilung „Tafelgeräte und Luxuswaren“ der Bing-Werke. Auf diesem Wege wird eine gleichmäßige Beteiligung der Hirsch-Akt.-Ges. und der Bing-Werke an den zusammengeschlossenen Betrieben herbeigeführt. Das im Besitz von Baer & Stein befindliche Messingwerk Reinickendorf fällt an